

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/9155 –

Instrumente zur Förderung der Medienvielfalt auf solide Datenbasis stellen

A. Problem

Die Digitalisierung stellt die Presse vor große Herausforderungen. Die Verlage befinden sich teilweise in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage, die Tagespresse verliert kontinuierlich an Auflage. Um Instrumente für die Förderung einer vielfältigen Medienlandschaft entwickeln zu können, werde zunächst eine verlässliche Datenbasis gebraucht, konstatieren die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag. Der Deutsche Bundestag habe bereits in der 16. Wahlperiode bemängelt, dass zu wenig grundlegende Informationen über den Medienmarkt verfügbar seien und die Bundesregierung daher aufgefordert, eine Mediendatenbank zu errichten. Diese Forderung soll die Bundesregierung nun erfüllen und dabei die jüngsten Untersuchungsergebnisse des Hans-Bredow-Instituts und des FORMATT-Instituts einbeziehen. Die Datengrundlage soll dann genutzt werden, um die Pressefusionskontrolle neu zu regeln, über Leistungsschutzrechte zu entscheiden und weitere Förderinstrumente zu prüfen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/9155 abzulehnen.

Berlin, den 17. Oktober 2012

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Monika Grütters
Vorsitzende

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Martin Dörmann
Berichterstatter

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichterstatter

Kathrin Senger-Schäfer
Berichterstatterin

Tabea Rößner
Berichterstatterin

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Martin Dörmann, Burkhardt Müller-Sönksen, Kathrin Senger-Schäfer und Tabea Rößner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache** 17/9155 in seiner 172. Sitzung am 29. März 2012 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Digitalisierung stellt die Presse vor große Herausforderungen. Die Verlage befinden sich teilweise in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage, die Tagespresse verliert kontinuierlich an Auflage. Um Instrumente für die Förderung einer vielfältigen Medienlandschaft entwickeln zu können, werde zunächst eine verlässliche Datenbasis gebraucht, konstatieren die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag. Der Deutsche Bundestag habe bereits in der 16. Wahlperiode bemängelt, dass zu wenig grundlegende Informationen über den Medienmarkt verfügbar seien und die Bundesregierung daher aufgefordert, eine Mediendatenbank zu errichten. Diese Forderung soll die Bundesregierung nun erfüllen und dabei die jüngsten Untersuchungsergebnisse des Hans-Bredow-Instituts und des FORMATT-Instituts einbeziehen. Die Datengrundlage soll dann genutzt werden, um die Pressefusionskontrolle neu zu regeln, über Leistungsschutzrechte zu entscheiden und weitere Förderinstrumente zu prüfen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und der **Haushaltsausschuss** empfahlen in ihren jeweiligen Sitzungen am 26. September 2012 die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss *

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag am 13. Juni 2012 beraten und seine Beratungen am 17. Oktober 2012 abgeschlossen. Er empfahl mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, die Forderung nach einer Mediendatenbank sei ein Ablenkungsmanöver, die andere wichtige Fragen wie etwa den Schutz des geistigen Eigentums in den Hintergrund rücken sollten. Die Union werde sich auch künftig dafür einsetzen, die seriöse Presse zu erhalten, Qualität zu sichern und guten Journalismus zu schützen. Seit Jahren dominierten Monopolzeitungen die Regionen. Die Bedeutung einer Mediendatenbank für die Pressefusionskontrolle sei vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar.

Die **Fraktion der SPD** verwies auf den Zusammenhang zwischen der Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und dem vorgelegten Antrag, weil in diesem Zusammenhang unter anderem eine Änderung des Pressefusionsrechts geplant sei. Sie konstatierte, eine Mediendatenbank diene dazu, eine Grundlage für die Beurteilung von Meinungsmacht und deren crossmediale Auswirkungen zu schaffen. Die von der Bundesregierung in Auftrag gegebene und im Antrag erwähnte Studie zeige, das der Zeitungsmarkt hochgradig konzentriert sei und es Regulierungsbedarf unter multimedialen Aspekten gebe. Wenn die Bundesregierung das geltende Recht ändere, ohne diese Ergebnisse zu berücksichtigen, setze sie am falschen Ende an.

Die **Fraktion der FDP** verwies auf die Anstrengungen des FDP-geführten Justizministeriums zugunsten der Urheber. Das Haus werde zudem demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen, um Leistungsschutzrechte festzuschreiben.

Die **Fraktion DIE LINKE**. wertete es zwar grundsätzlich als vernünftig, Auskünfte von der Bundesregierung einzufordern und sie zu mahnen, einen Bundestagsbeschluss umzusetzen. Teile des Antrags blieben jedoch nebulös. Warum Erleichterungen bei Pressefusionen und ein Leistungsschutzrecht Instrumente

sein sollten, die Medienvielfalt zu fördern, erschließe sich ihr nicht.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich die Bedeutung des Themas. Medienvielfalt zu erhalten sei der Fraktion sehr wichtig. Um Transparenz zu schaffen, werde die Mediendatenbank ge-

braucht, deren Aufbau der Bundestag per Beschluss von der Bundesregierung gefordert habe. Obwohl die Mittel dafür seit Jahren zur Verfügung stünden, bleibe die Bundesregierung diese Pflicht schuldig.

Berlin, den 17. Oktober 2012

Reinhard Grindel
Berichtersteller

Martin Dörmann
Berichtersteller

Burkhardt Müller-Sönksen
Berichtersteller

Kathrin Senger-Schäfer
Berichterstatteerin

Tabea Rößner
Berichterstatteerin

elektronische Vorab-Fassung*